

Sonderdruck aus:

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
14 / 2007

Soziale Sicherheit und Frieden

■ OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2006

■ MUSICA PRO PACE 2006

■ BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

November 2008, ISBN 978-3-89971-390-9
V&R unipress

V&R unipress

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
Editorial:	9

I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2006

<i>Islamische Theokratie im Iran und anderswo – Kriegsgefahren und Friedens-Chancen</i> Mit Ruprecht Polenz, Udo Steinbach, Mohssen Massarrat	19
<i>Empörung in den Städten? – Welche Signale geben die Zusammenstöße in Frankreich?</i> Mit Herbert Schmalstieg, Marianne Rodenstein, Hartmut Häußermann	43
<i>Forum interreligiöser Dialog: Religion und Gewalt</i> Mit Muhammad Abdel Haleem, Jonathan Magonet, Franz Kamphaus	65
Milan Horáček, Brüssel / Straßburg und Prag <i>Europa sieht Deutschland: Tschechien und die Deutschen – 16 Jahre nach der Einheit</i>	89
<i>Krise ohne Ende? Welchen Weg geht die marktwirtschaftliche Gesellschaft?</i> Mit Franz Müntefering und Kurt Biedenkopf	103
Ursula von der Leyen, Berlin <i>Familienpolitik als Zukunftspolitik: Möglichkeiten und Grenzen.</i> . . .	123

**II. MUSICA PRO PACE –
KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2006**

Stefan Hanheide, Osnabrück
*Über Dmitri Schostakowitsch: Sinfonie Nr. 13 b-moll »Babi Jar«
und Joseph Haydn: Sinfonie Nr. 44 e-moll »Trauersinfonie« 143*

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

*Grußwort zum Festakt anlässlich des 20-jährigen Bestehens der
Osnabrücker Friedensgespräche. Gehalten von Staatssekretär
Dr. Josef Lange, Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft
und Kultur, am 25. Oktober 2006 153*

Dieter Senghaas, Bremen
*Ist Frieden möglich? Festvortrag anlässlich des
20-jährigen Bestehens der Osnabrücker Friedensgespräche.
Gehalten am 25. Oktober 2006 in der Stadthalle Osnabrück 157*

Roland Czada, Osnabrück
*Sackgassen der Sozialpolitik. Integration und Ausgrenzung
im deutschen Wohlfahrtsstaat 169*

Hamideh Mohagheghi, Hannover:
*Interreligiös Lernen: Was macht den Alltag für Muslime
in Deutschland so schwierig? 185*

Alrun Niehage, Osnabrück
»Nachhaltige Familienpolitik« zwischen Anspruch und Realität 193

Rainer Werning, Köln
*18 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges:
Fragiler Frieden auf der koreanischen Halbinsel. 209*

IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren 224
Abbildungsnachweis 230

Roland Czada, Osnabrück

Sackgassen der Sozialpolitik

Integration und Ausgrenzung im deutschen Wohlfahrtsstaat

Die deutsche Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik war in den vergangenen Jahrzehnten wenig erfolgreich. Während andernorts die Arbeitslosenquoten zurückgingen, leidet Deutschland bis heute unter Massenarbeitslosigkeit. Auch die Löhne stiegen über viele Jahre kaum an, und im Pro-Kopf-Einkommen ist die Bundesrepublik von den meisten Nachbarländern überholt worden. Obwohl die Globalisierung oft als Ursache für Arbeitsplatzverluste und ökonomische Stagnation genannt wird, kann sie die besonderen deutschen Probleme nicht erklären. Im Gegenteil: Als Exportnation profitiert das Land mehr als andere von der globalen Öffnung der Märkte. Ein weit höherer Erklärungsanteil entfällt auf die deutsche Vereinigung. Tatsächlich gilt sie als einer der Hauptgründe für den Rückschritt auf der internationalen Wohlstandsskala.¹

Ökonomen machen zudem das im deutschen Wohlfahrtsstaat verankerte Wachstums- und Verteilungsmodell für die negative Arbeitsmarktbilanz verantwortlich. Demnach wäre der lohnarbeitszentrierte *Bismarcksche* Sozialstaat eher ein ›Schönwettermodell‹ gewesen, das in guten Zeiten keine ausreichende Vorsorge trifft und in schlechten Zeiten hohe Sozialbeiträge und Steuern verursacht, die wiederum die ökonomische Entwicklung hemmen.² Eine andere Erklärung, die bislang wenig Beachtung fand, verweist auf wirtschafts- und sozialpolitische Weichenstellungen der frühen 1980er Jahre. Sie bezieht sich auf das damalige Konzept einer »Blaupausen-Nation« Deutschland, das nur hochproduktiven Branchen und Arbeitsplätzen Zukunftschancen einräumte. Entsprechend kam es mehr als in anderen Ländern zur Auslöschung gering produktiver, arbeitsintensiver Wirtschaftszweige. Gerade letztere verzeichnen aber zwischenzeitlich, wie sich in vielen Industrieländern zeigt, die größten Beschäftigungszuwächse. Der arbeitsmarktpolitische Kahlschlag und mit ihm die Probleme des deutschen Wohlfahrtsstaates wären demnach in erster Linie eine Folge lange zurückliegender politischer Fehlentscheidungen.

I. Irrwege und Umwege der Sozialpolitik – In den ersten Nachkriegsjahrzehnten wetteiferten die beiden Volksparteien CDU/CSU und SPD um den Ausbau des deutschen Wohlfahrtsstaates. Beide wollten vor allem eine Partei des sozialen Friedens sein. Bundeskanzler *Helmut Schmidt* (SPD) sagte im Wahlkampf 1976, Deutschland habe – anders als alle anderen Länder – nicht nur die drei Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Boden, sondern gleich vier davon. Dieser zusätzliche Produktionsfaktor sei der soziale Frieden. Als sein Garant galt ein Wohlfahrtsstaat, der neben der sozialen Absicherung des Lohnarbeitsverhältnisses eine Reihe weiterer Institutionen wie die Mitbestimmung im Betrieb und auf Unternehmens-ebene, die Tarifautonomie oder – damals noch – den makroökonomischen sozialen Dialog zwischen Regierung, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften umfasste. Auch die Wissenschaft hatte dem Wohlfahrtsstaat in den 1960er und 1970er Jahren noch überwiegend eine ökonomische und gesellschaftliche Produktivkraft zugesprochen, die ihn gegenüber dem *laissez-faire*-Kapitalismus als leistungsfähiger und zukunftstauglicher erscheinen ließ. Er sollte Funktionslücken des Kapitalismus füllen, die Volkswirtschaft durch eine keynesianische Budgetpolitik auf Wachstumskurs halten und auf diese Weise soziale Wohlfahrt und Vollbeschäftigung garantieren.

Die neoliberale Kritik der 1980er und 90er Jahre stellte all dies in Frage, indem sie dem Wohlfahrtsstaat eine nachlassende Leistungsbereitschaft in der Bevölkerung sowie einen Rückgang der Beschäftigung bei gleichzeitiger Stagnation der Einkommen zuschrieb. Was einst als Produktionsfaktor gepriesen wurde, galt nun vielen als Wachstums- und Beschäftigungsbremse. Die neoliberale Kritik, Staat und Politik hätten sich zu sehr der Verteilung zugewandt und darüber die Schaffung des Volkseinkommens vernachlässigt, traf die Achillesferse der Sozialpolitik. Hier wird ein Grundkonflikt sichtbar. Er entzündet sich an der Frage, inwieweit Sozialpolitik das zur Verteilung stehende Volkseinkommen mehrt oder – im Gegenteil – den Reichtum eines Landes schmälert und so die Einkommens- und Steuerquellen versiegen lässt, aus denen die Sozialsysteme gespeist werden.

Im Kern geht es um das Verhältnis von Lohnarbeits- und Sozialeinkommen, das in der politischen Auseinandersetzung lange Zeit mit der Systemfrage »Kapitalismus oder Sozialismus« verbunden wurde. Die seit dem 19. Jahrhundert geführte Kontroverse bestand darüber, ob Sozialpolitik den Kapitalismus stabilisiert oder eine Vorstufe zum Sozialismus darstellt.³ Nach dem Scheitern der sozialistischen Staatswirtschaften und dem globalen ›Sieg‹ des Kapitalismus rückte ein anderes, schon in den Wachstumskrisen der 1970er Jahre aufscheinendes Problem in den Vordergrund: Wie kann ein demokratischer Staat seine Politik rechtfertigen und den

sozialen Frieden erhalten, wenn er neuen sozialen Risiken gegenübersteht und zugleich, ökonomischen und fiskalischen Zwängen folgend, ein erreichtes Vorsorgeniveau absenkt? Wie kann die Politik neue Probleme der Armutsarbeit im Niedriglohnbereich, der Familienarmut oder Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt lösen und dabei Risiken sozialer Marginalisierung und Ausgrenzung auffangen, die von dem herkömmlichen, auf Statuserhalt programmierten Wohlfahrtsstaat nicht nur lange Zeit ignoriert, sondern teilweise sogar mit verursacht wurden? Zur Beantwortung dieser Fragen sollen zunächst einige Besonderheiten der deutschen Sozialpolitik dargestellt und in ihrer historischen Genese erklärt werden.

II. Das deutsche Dilemma – Das besondere Problem der deutschen Sozialpolitik bestand bereits ab Mitte der 1990er Jahre darin, dass die individuellen Sozialeinkommen stagnierten oder zurückgingen, während die Sozialleistungsquote von 28% im Jahr 1990 auf 35% im Jahr 2003 anstieg, mit ihr die öffentlichen Sozialausgaben anschwollen und gleichzeitig das Steueraufkommen einbrach.⁴ Den Leistungsempfängern vermittelte dies ein Bild von Sozialabbau, während die Bundesregierung und die Sozialversicherungsträger den Eindruck einer Ausgabenexplosion gewinnen mussten. Dieser aus der wachsenden Zahl der Leistungsempfänger unmittelbar erklärbare, einfache Zusammenhang (Schaubild I) wurde in der Öffentlichkeit kaum thematisiert und es scheint, als hätten ihn selbst führende Politiker lange Zeit nicht recht begriffen. Die Tatsache, dass in Deutschland bereits seit 1996 mehr Menschen von Einkommensübertragungen des Staates und der Sozialversicherung leben als von sozialversicherungspflichtigen Arbeitseinkommen, wurde kaum zur Kenntnis genommen. Ein Grund liegt darin, dass 25 Mio. Alters- und Unfallrentner nicht als Wohlfahrtsempfänger im eigentlichen Sinne gelten, sondern sie werden so betrachtet, als hätten sie Versicherungsbeiträge angespart, die sie nun zurückerhalten. Auf diese Weise werden sie von den nahezu 8 Mio. Beziehern anderer Sozialeinkommen getrennt behandelt. Volkswirtschaftlich lässt sich diese Trennung in keiner Weise rechtfertigen. Durch das Umlageverfahren und einen steigenden Steueranteil an der Rentenversicherung muss nämlich die Altersversorgung ebenso aus laufenden Arbeitseinkommen finanziert werden wie die übrigen Sozialtransfers. Nur eine von Kapitalfonds gespeiste Altersrente würde eine Sonderstellung der Altersversorgung rechtfertigen.

Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hat die Sonderstellung der Altersversorgung zudem befördert. 1980 entschied das Gericht, Versichertenrenten und Rentenanwartschaften unterliegen dem Eigentumsschutz nach Art. 14 des Grundgesetzes. Offenkundig sind aber diese Ansprüche durch Eigentum nicht gedeckt, sondern – wie man inzwischen

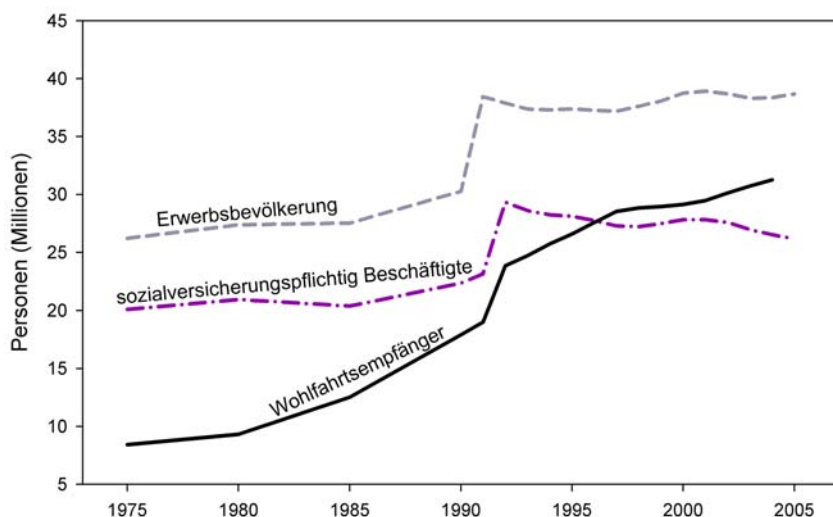


Schaubild I: Erwerbsbevölkerung, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Wohlfahrtsempfänger in Deutschland (1975–2005)
 Quelle: Statistisches Taschenbuch. Arbeits- und Sozialstatistik, 2000, 2002, 2003. Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung/ Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Berlin 2006.

Erläuterung: *Erwerbsbevölkerung:* abhängig Beschäftigte, Militärpersonal, mithelfende Familienangehörige und Selbständige nach Mikrozensus (1% Stichprobe über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt). – *Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte:* Beitragszahler in der gesetzlichen Sozialversicherung nach Daten der gesetzlichen Rentenversicherung. – *Wohlfahrtsempfänger:* Personen, die nach Daten der Arbeits- und Sozialstatistik ausschließlich von Sozialeinkommen leben. Eingeschlossen sind die Rentner der Arbeiter-, Angestellten- und Knappschaftsrentenversicherung, Empfänger von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfeempfänger und Empfänger von Asylbewerberleistungen. Nicht einbezogen sind die Empfänger von Beamtenpensionen und Unfallrenten sowie BAföG-Empfänger und Arbeitslose in Umschulungsmaßnahmen und öffentlich finanzierten Beschäftigungsgesellschaften.

erfahren musste – in hohem Maße von der Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung abhängig. Altersrenten sind in Deutschland aufgrund des Umlagesystems keine Vermögenseinkommen. Zudem tragen die politisch festgesetzten Zwangsbeiträge zu den Sozialkassen die Eigenschaft einer progressiv gestaffelten Steuer auf Arbeitseinkommen. Sie galten ursprünglich als Teilhaberecht an einem kollektiven Sicherungssystem und weniger

als individualisiertes Eigentumsrecht. Aus der eigentumsrechtlichen Bewertung folgen nun hohe Hürden für den weiteren Umbau der Alterssicherungssysteme.⁵ So kann die in der Konsequenz neuerer Sozialreformen liegende Einführung einer steuerfinanzierten Grundsicherung auf dieser Basis nur sehr langfristig realisiert werden. Das Bundesverfassungsgericht erwies sich mit seinem Urteil als eine politische Reformbremse, die Lösungsansätze verzögert, wie sie andernorts – etwa in Skandinavien – gut erprobt sind.

Seit Beginn der 1980er Jahre entwickelten sich die sozialen Sicherungssysteme mehr und mehr zu einem Auffangbecken für Rationalisierungsverlierer. Damit dienen sie nicht mehr nur der Vorsorge für vorübergehende Notlagen wie Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit und der Absicherung im Alter, sondern zunehmend der Versorgung arbeitsfähiger, aber vom Arbeitsmarkt ausgeschlossener Bevölkerungsteile. Die Zahl derer, die von Sozialeinkommen leben, überstieg 1996 erstmals die der in Normalarbeitsverhältnissen beschäftigten Arbeitnehmer (vgl. Schaubild I). Einer der Hauptgründe liegt in einer anfangs der 1980er Jahre eingeleiteten Politik der Frühverrentung, die das durchschnittliche Eintrittsalter von Arbeitslosen in den Vorruhestand auf knapp über 50 Jahre (2000) absenkte und die Zahl der Rentenempfänger steil ansteigen ließ. Um Ausgabensteigerungen in der Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung einzudämmen, griff die Regierung wiederholt zum Mittel der Beitragserhöhung und Leistungskürzung. Das besondere Problem der deutschen Sozialpolitik bestand bereits ab Mitte der 1990er Jahre im Abbau individueller Leistungsansprüche, während der Anteil des Sozialbudgets an den öffentlichen Ausgaben deutlich anstieg. An dieser Entwicklung waren nicht zuletzt die deutsche Vereinigung und der schleppende Verlauf des ökonomischen »Aufbau Ost« maßgeblich beteiligt.⁶

III. Vom Blaupausen-Konzept zur Massenarbeitslosigkeit — Die deutsche Sozialpolitik war über Jahrzehnte hinweg nicht von pro-aktiven, sondern von re-aktiven Reformen gekennzeichnet. In der Rentenversicherung wurden anfangs der 1980er Jahre mit dem Altersvorruhestandsgesetz und einem Altersteilzeitgesetz die Weichen in Richtung Lebensarbeitszeitverkürzung gestellt. Die sozialpolitische Deaktivierung älterer Arbeitnehmer sowie von Frauen und gering qualifizierten Arbeitskräften war Teil des bereits in den späten 1970er Jahren parteiübergreifend entwickelten Konzepts einer »Blaupausen-Nation«, wonach die deutsche Wirtschaft niedrigproduktive Arbeitsplätze in Billiglohnländer verlagern und sich ganz auf hochproduktive Wirtschaftsbranchen und Produkte spezialisieren sollte. Der heute offenkundige Denkfehler dieses als »Modell Deutschland«⁷ bezeichneten Konzeptes bestand in der Annahme, der deutsche Technolo-

gievorsprung könne durch die Stilllegung niedrig produktiver Arbeitskräfte langfristig gesichert werden. Dies konnte schon deshalb nicht gelingen, weil der dazu notwendige bildungspolitische Vorsprung nicht erreicht wurde und auf dem Feld der von föderaler Politikverflechtung geprägten Bildungspolitik zunächst Untätigkeit und später halbherzige, zum Teil kontraproduktive Reformen vorherrschten. Heute weiß man auch, dass Länder, die damals als Standorte niedrigproduktiver Arbeit galten, zwischenzeitlich hoch differenzierte Wirtschaftsstrukturen mit rasch wachsenden Hochtechnologiesektoren aufbauen konnten. Beispiele wären die Luft- und Raumfahrttechnologie in China, Informationstechnologien in Indien oder die Metallurgie und Militärtechnologie in Südafrika. Sie haben nicht nur gegenüber Deutschland aufgeholt, sondern es teilweise sogar überholt. Noch gravierender als der am eigenen Anspruch gemessene Misserfolg einer einseitig auf *high-tech* ausgerichteten Wirtschafts- und Sozialpolitik war jedoch der Kahlschlag in den niedrigproduktiven Sektoren der Volkswirtschaft. Er bestand darin, dass – anders als etwa in Dänemark, Italien oder Japan – arbeitsintensive Dienstleistungen und heimische Manufaktur-güter in der Tendenz vom Markt verschwunden sind.

Das »Modell Deutschland« ließ einen großen Teil der durch Rationalisierung erzielten Mehreinkommen in Sozialbeiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer fließen. Auf der Ausgabenseite kam dies den aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Personen zugute. Höhere Steuern und Sozialbeiträge werden freilich nicht nur in den modernen Sektoren entrichtet, wo sie durch Rationalisierungsgewinne bezahlbar sind, sondern auch in anderen Wirtschaftszweigen, die nicht in gleichem Maße ihre Produktivität steigern können. Unter ihnen litten vor allem weniger produktive, arbeitsintensive Betriebe. Arbeitskräftefreisetzen gab es daher nicht nur dort, wo tatsächlich rationalisiert wird, sondern – aufgrund höherer Arbeitskosten – vor allem auch in Betrieben, die aus sachlichen Gründen nicht rationalisieren können. Im »Modell Deutschland« kam es daher über Steuern und Sozialabgaben zu einer massiven Belastung nicht nur der mittelständischen Industrie, sondern insbesondere auch des heimischen Handwerks und des Dienstleistungssektors.

Lange vor Eintritt einer massiven Beschäftigungskrise haben *Josef Esser* und andere »Massenarbeitslosigkeit und gesellschaftliche Desintegration« als Folgekosten einer einseitig auf »High-Tech und Exportwachstum programmierten Ökonomie vorausgesagt«. ⁸ Damit widersprachen sie der in Deutschland lange vorherrschenden Meinung, eine politisch forcierte Modernisierung der Wirtschaft und Beschäftigungserhalt bildeten keinen Zielkonflikt, sondern bedingten sich wechselseitig. Tatsächlich gibt es den Zielkonflikt zwischen Arbeitsplatzinteressen und Modernisierungszwang, der in Deutschland lange gezeugnet wurde und auf den sich beispielsweise

die skandinavischen Länder sehr frühzeitig einstellten. Die Folgen sind offenkundig: Die deutsche Wirtschaft bezahlt den leidlichen Erhalt – noch nicht einmal den komparativen Ausbau – ihrer Modernität mit hoher Arbeitslosigkeit. Dabei erzeugt der technologische Fortschritt nicht zwingend Beschäftigungsprobleme. Im Gegenteil: In der Wirtschaftsgeschichte sind Technologieschübe oft mit kräftigen Beschäftigungssteigerungen einhergegangen, und in vielen Ländern, vor allem in jenen, die die Bundesrepublik im Pro-Kopf-Einkommen inzwischen überholt haben, gilt dieser Zusammenhang bis heute.

Dass Deutschland zwischenzeitlich mehr Rentner, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger als sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer hat (vgl. Schaubild I), kennzeichnet einen gesellschaftlichen Strukturbruch. Und er steht zugleich für einen späten politischen Triumph des Wohlfahrtsstaates: Bei einer wachsenden Zahl von Leistungsempfängern werden die sozialen Sicherungssysteme zwangsläufig noch mehr als bisher zur ›staatstragenden‹ Einrichtung. Bereits die Bundestagswahlen der Jahre 1998, 2002 und 2005 zeigten, wie der Wohlfahrtsstaat selbst ein mächtiges Wählervotum für seinen Erhalt geschaffen hat. Über die Jahre entstand – von der politischen Klasse nahezu unbemerkt – eine strukturelle Wählermehrheit, deren Leistungserwartung an die kollektiven sozialen Sicherungssysteme ungebrochen ist oder sogar zunimmt. Sie ist deutlich größer als das politische Lager der Befürworter eines auf Leistungskürzungen zielenden sozialpolitischen Reformkurses.

Ein wahlpolitisches Übergewicht der als Leistungsbezieher oder Produzent von Sozialleistungen am Erhalt des Wohlfahrtsstaates interessierten Bevölkerung findet sich heute nicht nur in Deutschland, sondern in allen westeuropäischen und skandinavischen Wohlfahrtsstaaten.⁹ Regierungen bleiben in dieser Lage nur handlungsfähig, wenn es ihnen gelingt, den Grund für schmerzhaft Reformen dort zu suchen, wo es wahlpolitisch nicht wehtut. *Blame avoidance*, die Konstruktion von Sündenböcken und die Verschleierung von Verteilungseffekten, erweist sich im internationalen Vergleich als hohe Kunst der Sozialreform.¹⁰ Deutschland war überdies in einer Sondersituation, da die beiden Großparteien aufgrund einer jahrzehntelangen sozialpolitischen Bereichskoalition sowie wegen einer komplizierter gewordenen Koalitionsarithmetik und der bundesstaatlichen Politikverflechtung sich gegenüber Stimmenverlusten nach Kürzungen von Sozialleistungen gleichermaßen empfindlich wähten. Es kann kaum erstaunen, dass unter diesen Bedingungen nachhaltige Reformen nur zustande kommen, wenn aufgrund von Fiskalstress andere Auswege nicht mehr möglich sind.

IV. Neue soziale Risiken, Verteilungsgerechtigkeit und Gewerkschaftspolitik – Wohlfahrtsstaatsreformen waren dort, wo sie nicht nur auf Fiskaldruck reagierten, sondern einer theoretischen Konzeption folgten, mit Überlegungen zur sozialen Gerechtigkeit und dem Umgang mit neuen sozialen Risiken eng verknüpft. Die Rede von »neuen sozialen Risiken« beherrscht spätestens seit der Jahrtausendwende die Theoriedebatte.¹¹ Sie bezieht sich auf Veränderungen im Verhältnis von Arbeit und Familie, auf den Strukturwandel der Wirtschaft, insbesondere auf die oft als »Weg in die Dienstleistungsgesellschaft« beschriebene Tertiarisierung des Arbeitsmarktes und der Arbeitswelt und auf Herausforderungen der ökonomischen und gesellschaftlichen Globalisierung. Aus einer normativen Perspektive geht es um die Herstellung von Chancengleichheit und Verteilungsgerechtigkeit und dabei in erster Linie um die Gleichstellung und Verbesserung der sozialen Lage von Frauen und Familien sowie um Fragen intergenerationeller Gerechtigkeit.¹² Die Debatte erinnert an die Kontroverse über eine »Neue Soziale Frage«, die in Deutschland bereits in den 1970er Jahren geführt wurde. Diese thematisierte die Privilegierung der Kernarbeiterschaft und des Normalarbeitsverhältnisses gegenüber marginalisierten Gruppen wie Frauen, Alleinerziehenden, Niedrigqualifizierten und Zugewanderten in einem zunehmend segmentierten Arbeitsmarkt.

Obwohl seit Jahrzehnten auf die Benachteiligung von Alleinerziehenden und Familien mit geringem Einkommen hingewiesen wird, hat Deutschland – trotz leichter Fortschritte – den familienpolitischen Vorsprung anderer Länder bei weitem nicht aufgeholt. Die Verbesserung der sozialen Situation von Familien kann kompensatorisch über Einkommenstransfers erfolgen oder aber, wenn sie auf die Gleichstellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt abzielt, den Ausbau öffentlicher Infrastrukturangebote und Sachdienstleistungen für Familien vorantreiben. Letzteres vereint arbeitsmarktpolitische Aktivierung und Gleichstellungspolitik und kann insofern als eine spezifische Antwort auf neue soziale Risiken und Gerechtigkeitsprobleme betrachtet werden. Untersucht man die Entwicklung von Sachleistungsausgaben bzw. Infrastrukturangeboten des Staates für Familien im internationalen Vergleich, wird der Rückstand der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Skandinavien und selbst gegenüber liberalen Ökonomien wie der Großbritanniens deutlich – zumal das nach 1990 zu verzeichnende Ausgabenwachstum mehr auf die deutsche Vereinigung und die Übernahme der in Ostdeutschland vorhandenen Einrichtungen der Kinderbetreuung als auf eine konzeptionelle Neuorientierung der Familienpolitik zurückging (vgl. Schaubild II). Konfrontiert man den Umfang der Sachleistungen mit den Einkommensübertragungen an Familien (Kindergeld), erweist sich Deutschland ebenso wie in der allgemeinen Arbeitsmarktpoli-

tik auch in der Familienpolitik als ein transferintensiver und dienstleistungsschwacher Wohlfahrtsstaat.

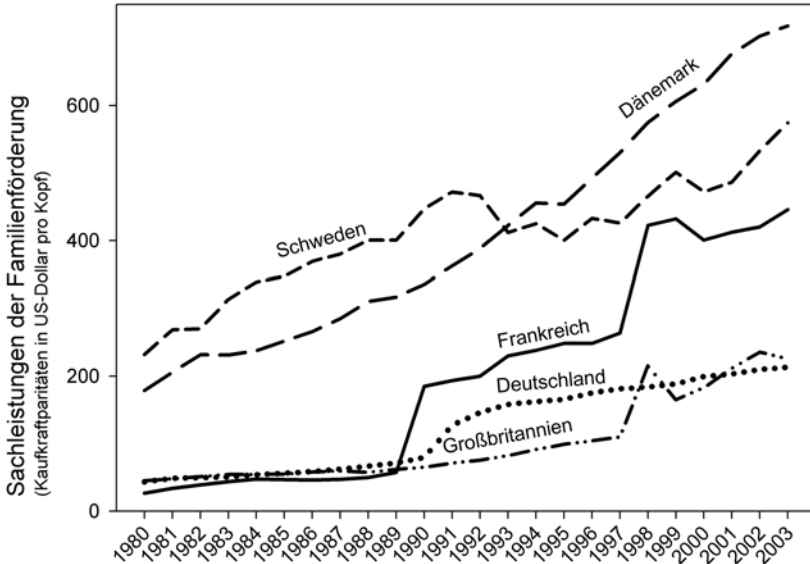


Schaubild II: Öffentliche Sachausgaben der Familienförderung (Kaufkraftparitäten in US-Dollar pro Kopf der Bevölkerung, 1980 – 2003); Quelle: OECD Social Expenditure Database (SOCX2007).

Ländervergleichende Analysen der Ausgaben für Familiendienstleistungen und für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zeigen einen positiven Zusammenhang: Regierungen, die viel für die Aktivierung von Erwerbspotentialen ausgeben, investieren meist auch kräftig in die Entlastung berufstätiger Eltern.¹³ Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurde zu einem Großthema der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Dabei geht es nicht nur um Fragen der Chancengleichheit und des sozialen Friedens, sondern mindestens ebenso um die Schaffung und Nutzung gesamtgesellschaftlicher Beschäftigungs- und Wohlfahrtspotentiale durch eine Politik der Befähigung zur Arbeit. Empirisch lässt sich diese Unterscheidung an den jeweiligen Aufwendungen für eine ›passive‹ oder ›aktive‹ Arbeitsmarktpolitik festmachen. In entsprechenden Analysen erscheint der deutsche Fall seit jeher als ein schwerpunktmäßig nicht der Beschäftigungssicherung, sondern der Unterhaltssicherung verpflichteter, ›passiver‹ Wohlfahrtsstaat.¹⁴

Die lange vorherrschende Politik der Passivierung von Arbeitskraft, die Männer in die Frühpensionierung und Frauen zurück an den Herd befördert, erinnert an die von *Friedrich Engels* eindringlich beschriebene englische Armengesetzgebung von 1843, die Arbeitslose als »überflüssige« Bevölkerung ansah. Zwar wurde in Deutschland nicht ganz nach dem Prinzip verfahren: »Leben sollt ihr, aber leben zum warnenden Exempel allen denen, die Veranlassung haben könnten, auch überflüssig zu werden«¹⁵. Immerhin wurde aber der Stand der »Überflüssigkeit« über Jahrzehnte hinweg als gegeben hingenommen und es darüber hinaus den Betroffenen überlassen, sich darin einzurichten. Die dem »Modell Deutschland« eigene Unterwerfung unter die Imperative der Weltwirtschaft und des Arbeitsmarktes trug in dieser Hinsicht neoliberale Züge, die durch die anfangs großzügige Kompensation von Rationalisierungsverlierern nur notdürftig verschleiert wurden. Jedenfalls wird man den Ansatz der Stilllegung von Arbeitskraft nicht weniger »neoliberal« nennen können als die zur gleichen Zeit konzipierten Programme arbeitsmarktpolitischer Aktivierung und Inklusion in Skandinavien oder in den Niederlanden. Dies wird nicht nur am Ausschluss einer vermeintlichen Überschussbevölkerung vom Arbeitsmarkt deutlich, sondern auch an den mittel- und langfristigen Folgen für die Gewerkschaften.

Im Gegensatz zur deutschen Erfahrung zeichnen sich aktivierende Wohlfahrtsregime bis heute durch hohe gewerkschaftliche Organisationsgrade und eine positive Einkommensentwicklung aus, während dort, wo Arbeitsmarktpolitik schwerpunktmäßig auf Lebensarbeitszeitverkürzung und generell kürzere Arbeitszeiten hinauslief, wie zum Beispiel auch in Frankreich, sich die Lage der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften keineswegs verbessert hat.¹⁶ Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) stellte außerdem fest, dass hohe Arbeitslosigkeit in der Regel mit geringen und stagnierenden Löhnen einhergeht.¹⁷ Zugleich steigt im Zuge massiver rationalisierungsbedingter Arbeitskräftefreisetzungen die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität, wie wiederum das deutsche Beispiel in den 1980er und 90er Jahren zeigt.

Je weniger inklusiv die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist, je weniger sie also auf die Integration der so genannten Problemgruppen der Älteren, Alleinerziehenden, Geringqualifizierten, Ausländer etc. zielt – desto größer ist die Zunahme gesellschaftlicher Ungleichheit als Folge der Differenzierung von Einkommen und Lebenslagen nach Wirtschaftsbranchen, Regionen und beruflichem Status und desto schwächer werden die Gewerkschaften. Ihre Schwächung wäre die Folge einer gegebenenfalls von ihnen selbst forcierten Strategie arbeitsmarktpolitischer Exklusion, also der Vernachlässigung gesellschaftlicher Randgruppen gewesen. Wo Gewerkschaften eine arbeitsmarkt- und sozialpolitische Inklusionsstrategie gewählt haben,

konnten sie nicht nur Arbeitnehmerinteressen insgesamt, sondern auch ihre Organisationsinteressen besser verteidigen. Wo sie aber zur Segmentierung des Arbeitsmarktes beitrugen und wenig unternahmen, um die Spaltung der Erwerbsbevölkerung in Segmente von Status, Beruf, Alter, Geschlecht, Nationalität, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit aufzuheben, oder sie sogar vertieften, gerieten sie rasch auf die Verliererstraße. Dies lässt sich an der Geschichte der amerikanischen und englischen Gewerkschaften und zuletzt leider auch der deutschen ablesen.

V. Ideologische Irrwege und Fehleinschätzungen — Nicht zuletzt hat die außerhalb der Wissenschaft ideologisch geführte, ebenfalls in den frühen 1980er Jahren einsetzende Debatte über ein vermeintliches »Ende der Arbeitsgesellschaft« die Politik beeinflusst. Die öffentliche Debatte war nirgends so stark von der Vorstellung eines nicht vermehrbaren und sogar rückgängigen Erwerbsarbeitsvolumens beeinflusst wie in der westdeutschen Bundesrepublik und in Frankreich. Dabei galt Arbeitszeitverkürzung nicht nur als Patentrezept gegen Arbeitslosigkeit, sondern auch als Chance zur Befreiung von fremdbestimmter und belastender Erwerbstätigkeit.¹⁸ Dass mit weniger Arbeit auch weniger Reichtum und geringere Verteilungsspielräume verbunden sind, ist in der Hoffnung auf eine Produktivitätsentwicklung, die Lohnarbeit durch Maschinen ersetzt, geflissentlich übersehen worden. Den Glauben, dass weniger Arbeit gleich viel oder sogar mehr gesellschaftlichen Reichtum bedeuten würde, teilten die Verfechter der Blaupausen-Nation und des Produktivitätsmodells Deutschland mit denen, die das Ende der Arbeitsgesellschaft gekommen sahen.

Die Furcht, den Industriestaaten gehe die Arbeit aus, war im Deutschland der 1980er Jahre so stark verbreitet, dass, wie *Michael Opielka* anmerkt, die politischen Eliten das Ziel der Vollbeschäftigung aufgaben, selbst wenn sie daran rhetorisch noch festhielten.¹⁹ Die Erwartung einer Wohlstandsgesellschaft mit immer weniger Erwerbsarbeit kann aus heutiger Sicht nur als utopisch bezeichnet werden. In einer von verschärfter internationaler Konkurrenz, globaler Mobilität der Produktionsfaktoren und einer tendenziellen Angleichung der Arbeitsproduktivität gekennzeichneten kapitalistischen Weltwirtschaft muss nach jüngsten Erfahrungen in den Industrieländern sogar mehr gearbeitet werden, um ein bestehendes Wohlstandsniveau zu verteidigen.²⁰ Die in den frühen 1980er Jahren verbreitete Vorstellung, Deutschland könne aufgrund überlegener Kenntnisse und Fertigkeiten seinen ökonomischen und sozialen Vorsprung sichern und müsse dafür auf die Herstellung von Gütern und Dienstleistungen in niedrigproduktiven Sektoren verzichten, erwies sich als abwegig. Schwellenländer wie China, Indien oder Südafrika sind in einigen Hochtechnologiebereichen so leistungsfähig wie Deutschland und befinden sich

nach der Modernisierung ihrer Bildungs- und Ausbildungssysteme in einem fortlaufenden Aufholprozess. Dies war in der deutschen Blaupausen-Ideologie nicht vorgesehen. Nicht voraussehbar war außerdem der hohe Wachstumsbeitrag von niedrigproduktiven Manufaktur- und Luxusprodukten sowie hochwertigen, personalintensiven Dienstleistungen, der in Deutschland geringer als etwa in Dänemark, den Niederlanden oder Italien ausfiel. Selbst die Landwirtschaft und der Niedrigtechnologie-Sektor ›Herstellung von Nahrungs-, Genussmitteln und Getränken‹ trugen dort zum Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum bei.

Neuere Forschungen über den Beitrag von Niedrigtechnologien und Wirtschaftswachstum zeigen, dass in den 1990er Jahren dort die höchsten Steigerungen des Volkseinkommens zu verzeichnen waren, wo der Anteil von Niedrigtechnologien besonders hoch war (vgl. Schaubild III). Die Beschäftigung in Sektoren der Hochtechnologie und der Mittel- bis Hochtechnologie liegt in Deutschland mit 48% am höchsten. In Frankreich liegt dieser Wert bei 37,7, in England bei 36,8 und in Italien bei 30,9% (Eurostat 2003). Stabile Beschäftigungszuwächse sind aufgrund ungebremsen Rationalisierungsdrucks auch künftig nicht im Hochtechnologiesektor zu erwarten, sondern vielmehr im Bereich hochwertiger arbeitsintensiver Tätigkeiten – mithin in Bereichen, die in Deutschland seit Jahrzehnten wegrationalisiert wurden.

Das in Dänemark und den Niederlanden ebenso wie in den USA, Großbritannien oder Japan zu verzeichnende »Jobwunder« in *low-tech*-Sektoren wird in Deutschland oft auf Armutsarbeit zu Löhnen unterhalb des Existenzminimums zurückgeführt. Tatsächlich ist aber inzwischen kein anderes hoch industrialisiertes Land so stark mit dem Problem der *working poor* konfrontiert wie Deutschland. Nirgendwo sonst wird heute so intensiv über das Thema Niedriglohnsektor debattiert. Das verbreitete Problem der Armutsarbeit ist neben der sozialpolitischen Passivierung großer Bevölkerungsteile eine Spätfolge des Blaupausen-Modells Deutschland und seiner auf *high-tech*-Sektoren ausgerichteten Modernisierungspolitik. Der Vergleich Deutschland-Japan ist in der Hinsicht besonders instruktiv: Die japanische Wirtschaft hat wie die deutsche einen hochproduktiven, im internationalen Wettbewerb erfolgreichen Exportssektor. Das Wirtschaftswachstum beider Länder lag in den 1990er Jahren weit unter dem der übrigen Industrieländer (vgl. Schaubild III). Die Differenz liegt darin, dass der japanischen Wachstumskrise der 1990er Jahre ein geradezu explosives Wachstum in den Jahren zuvor voranging. Sie war die Folge einer konjunkturellen Überhitzung, während das Einkommen und der Lebensstandard massiv gestiegen waren. So problematisch die Herausforderung der »bubble-Krise« der 1990er Jahre für die japanische Regierung und das Finanzsystem gewesen ist, hat sie doch die materielle Lage der

Arbeitnehmer nicht so entscheidend beeinträchtigt, wie dies zur gleichen Zeit in Deutschland der Fall war. Dies lässt sich allein daran ablesen, dass es in Japan zu keinem vergleichbaren Einbruch der Binnennachfrage gekommen ist. Der Konsum und damit die Beschäftigung in den niedrigproduktiven Dienstleistungssektoren bleiben weitgehend stabil. Die Zahl der Arbeitsplätze hat bis 1998 sogar noch zugenommen. Hinzu kommt als weiterer Unterschied zu Deutschland: Es gibt in Japan keinen Niedriglohnsektor und aufgrund einer ausgefeilten Mindesteinkommensregelung auch kein Problem der *working poor*.²¹

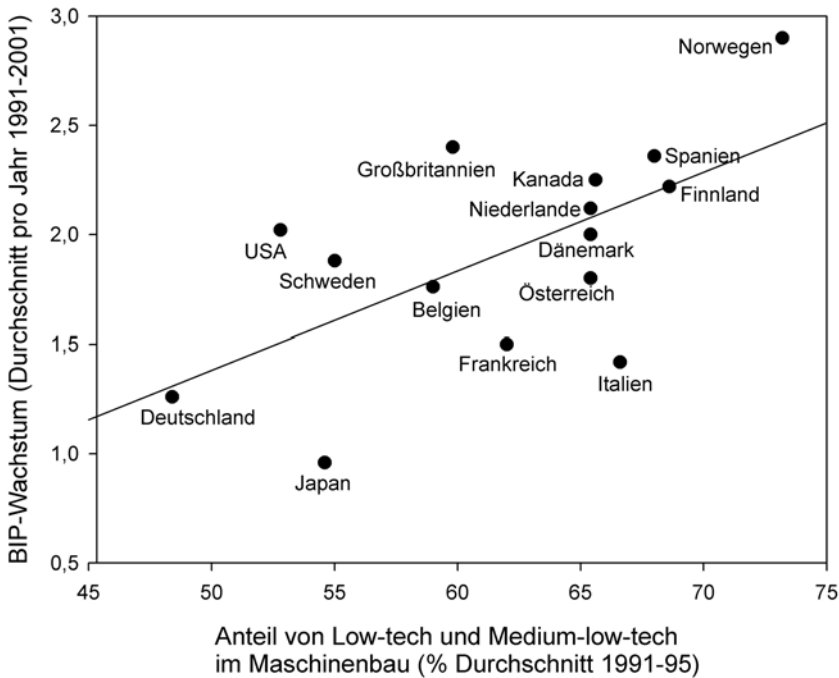


Schaubild III: Wirtschaftswachstum und Niedrigtechnologieanteil im Maschinenbau. Quelle: Aris Kaloudis / Keith Smith / Tore Sandven: Structural change, growth and innovation: the roles of medium and low tech industries, 1980-2002. Contribution to the conference Low-Tech as Misnomer: The Role of Non-Research-Intensive Industries in the Knowledge Economy, Brüssel, 29.-30. Juni 2005, S. 13.

Die Niedriglohndebatte in Deutschland ist die Folge einer Vernachlässigung niedrigproduktiver Arbeitsplätze, die zum Wohlstand und Lebensstandard eines Landes ebenso beitragen wie ein hochproduktiver Exportsektor, weil sie z.B. dafür sorgen, dass die öffentliche Infrastruktur in

Schuss gehalten wird, Schulklassen und Universitätsseminare klein und betreuungsintensiv bleiben, Züge und U-Bahnen sicher, Dienstleistungsangebote hochwertig und Nahrungsmittel gesund sind oder Kunden kompetent beraten werden. Ein schlechter Erhaltungszustand der Abwasser Versorgung, unverantwortliche Betreuungsrelationen in Schulen und Universitäten, die Wegrationalisierung von Dienstleistungspersonal sowie ein Qualitätsverlust in vielen arbeits- und qualifikationsintensiven Tätigkeitsfeldern sind die Folge eines auf hochproduktive Branchen fokussierten, konservativen Wohlfahrtsstaates und einer entsprechenden Wirtschafts- und Sozialpolitik. Sie führte nicht nur zur Überlastung der Sozialhaushalte auf Kosten von öffentlichen Zukunftsinvestitionen. Mit der massiven Ausgliederung von Arbeitnehmern aus dem Arbeitsmarkt wurden auch Wachstumspotentiale in arbeitsintensiven, nur bedingt rationalisierbaren Teilen des Arbeitsmarktes verhindert. Die jüngst erfolgte Umsteuerung in Richtung einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik kann diese Entwicklung nicht rückgängig machen. Dass die aufgrund von Arbeitslosigkeit früh verrenteten Arbeitnehmer in Deutschland bis vor wenigen Jahren im Durchschnitt nur knapp über 50 Jahre alt waren und daraufhin das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre angehoben wurde, ist nicht die Reaktion auf unvorhersehbare Entwicklungen, sondern eine Reaktion auf vorangegangene Versäumnisse. Das gleiche gilt für Probleme im Bildungssektor oder im Niedriglohnbereich. Sie sind das Ergebnis früher politischer Weichenstellungen, die sich nicht korrigieren oder gar ungeschehen machen lassen. Wo Lösungsansätze versucht wurden, erwiesen sie sich oft als Umwege und Irrwege, nicht zuletzt, weil sie zunächst nur auf fiskalische und budgetpolitische Instrumente zurückgriffen, notwendigen Strukturreformen aber auswichen und generell dem Zusammenhang von Wirtschaft und Wohlfahrt nicht gerecht wurden. Die *Agenda 2010* hat einige Weichen in Richtung Aktivierung und Selbstverantwortung umgestellt. Zunehmend gerät auch die Bearbeitung neuer, außerhalb klassischer Lohnarbeit entstandener Risiken in den Horizont der Sozialpolitik. Das Ziel sozialer Inklusion liegt indes immer noch quer zu dem des Stuserhaltes, wie es im konservativen deutschen Wohlfahrtsmodell institutionell verankert ist. Misst man die jüngsten Reformen an dem, was in den historischen, administrativ und verfassungspolitisch abgesteckten Bahnen dieses Modells kurzfristig möglich erscheint, sind durchaus neue, auf den ersten Blick nicht weniger verschlungene Pfade erkennbar. Erst in der Gesamtschau werden die Perspektiven deutlich: Abnehmende Beitragssätze und höhere Anteile der Steuerfinanzierung, neue Kriterien beim Leistungsbezug, die generelle Erweiterung der Steuerbasis insbesondere durch eine bessere Erfassung von Kapitaleinkommen, die Förderung der Frauenerwerbstätigkeit, höhere private Vorsorgeanreize – dies alles bereitet den

Boden für ein neues Wohlfahrtsstaatsmodell, dessen Zielgrößen – Inklusion und Gleichbehandlung, Selbstverantwortung und Grundsicherung – vom herkömmlichen Modell des deutschen Sozialversicherungsstaates abweichen. Ob es den sozialen Frieden auf Dauer sichern kann, wird vor allem davon abhängen, wie es die Arbeits- und Lebenschancen benachteiligter Gruppen verbessert und damit zur gesellschaftlichen Integration beiträgt und zugleich den Interessen der breiten Mittelschicht an sozialer Sicherheit und Vorsorge entgegenkommt.

-
- 1 Gerhard A. Ritter: Der Preis der Einheit – Die deutsche Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaates. München 2006. Vgl. auch: Roland Czada: Vereinigungskrise und Standortdebatte. Der Beitrag der Wiedervereinigung zur Krise des westdeutschen Modells. In: Leviathan 26, Heft 1 / 1998, S. 24-59.
 - 2 Sven Jochem / Nico Siegel: Der Sozialstaat als Beschäftigungsbremse? Deutschlands steiniger Weg in die Dienstleistungsgesellschaft. In: Roland Czada / Hellmut Wollmann (Hg.): Von der Bonner zur Berliner Republik. 10 Jahre Deutsche Einheit. In: Leviathan Sonderheft 19 (1999), S. 539-566. Roland Czada: Social Policy: Crisis and Transformation. In: Simon Greene / William Paterson (eds.): Governance in Modern Germany: The Semisovereign State Revisited. Cambridge 2005, S. 165-189.
 - 3 Dargestellt z.B. in: Karl Diel / Paul Mombert (Hg.): Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie. 3. Aufl. Jena 1921 [zuerst 1892] sowie Eduard Heimann: Soziale Theorie des Kapitalismus. Frankfurt/M. 1980 [zuerst 1929].
 - 4 Nie zuvor hatte sich in der Bundesrepublik ein so starker und über Jahre hinweg anhaltender Rückgang der gesamtstaatlichen Steuereinnahmen ereignet wie zwischen 2000 und 2004. Der damaligen rot-grünen Regierungskoalition war mit dem Einbruch der Steuer- und Beitragseinnahmen bei gleichzeitigem Sozialausgabenwachstum offenbar schlagartig klar geworden, dass ohne tiefe Reformeinschnitte eine massive Finanzierungskrise des deutschen Wohlfahrtsstaates bevorstand.
 - 5 Vgl. Anne Lenze: Staatsbürgerversicherung und Verfassung. Rentenreform zwischen Eigentumschutz, Gleichheitssatz und Europäischer Integration. Tübingen 2005.
 - 6 Das wirtschafts- und sozialpolitische Konzept der Vereinigungspolitik war eine maßstabsvergrößerte Fortsetzung der Hochtechnologie- und Hochlohnstrategie der 1980er Jahre. Vgl. Czada 1998 (Anm. 1) sowie Ritter 2006 (Anm. 1).
 - 7 Andrei S. Markovits: Introduction: Model Germany – a cursory overview of a complex construct. In: Ders. (ed.): The Political Economy of West Germany: Modell Deutschland. New York 1982, S. 1-11; Josef Esser / Wolfgang Fach / Gerd Junne / Frieder Schlupp / Georg Simonis: Das »Modell Deutschland« und seine Konstruktionschwächen. In: Leviathan, Heft 1 / 1979, S. 1-12; Josef Esser / Wolfgang Fach / Werner Väh: Die sozialen Kosten einer modernisierten Volkswirtschaft: Arbeitslosigkeit und gesellschaftliche Desintegration. In: Politische Wissenschaft und politische Praxis. Hg. von Udo Bernbach (=PVS-Sonderheft 9). Opladen 1978, S. 140-168.
 - 8 Zitiert nach Esser u.a. 1978 (Anm. 7), S. 140.
 - 9 Paul Pierson: Coping with Permanent Austerity: Welfare State Restructuring in Affluent Democracies. In: Ders. (Hg.): The New Politics of the Welfare State. Oxford 2001, S. 410-456, hier S. 412.
 - 10 Kent Weaver: The Politics of Blame Avoidance. In: Journal of Public Policy 6 (4) (1986), S. 371-398; Paul Pierson / Kent Weaver: Imposing Losses in Pension Policy. In: Kent Weaver / Bert Rockman (eds.): Do Institutions Matter? Government Capabilities in the United States and abroad. Washington D.C. 1993, S. 110-150.
 - 11 Peter Taylor-Gooby (ed.): New risks and new welfare in Europe. Oxford 2004; Gösta Esping-Andersen (ed.): Why We Need a New Welfare State. Oxford 2002; Darin: Anton Hemerijck: The Self-transformation of the European Social Model(s), S. 173-214; Klaus Armingeon / Giuliano Bonoli (eds.): The politics of postindustrial welfare states. London

- 2006; Giuliano Bonoli: The politics of the new social policies. Providing coverage against new social risks in mature welfare states. In: Policy and Politics, 33 (2005), S. 431-450.
- 12 Vgl. Dorian R. Woods: What a State She's in! Western Welfare States and Equitable Social Entitlements. In: Journal of Global Ethics 2 (2006), S. 197-212; Frank Nullmeier: Die politische Karriere des Begriffs »Generationengerechtigkeit« und seine wissenschaftliche Bedeutung. In: Generationengerechtigkeit! Nr. 13 / 2004, S. 9 f.
 - 13 Im OECD-Ländervergleich (2003, n=20) korrelieren die Sachleistungsausgaben für Familienpolitik mit den auf die jeweiligen Arbeitslosenquoten bezogenen Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik (Quotient der Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik und der Arbeitslosenquote) mit $r=625$ (Daten aus OECD: Social Expenditure Database (SOCX 2007), siehe <http://www.oecd.org/els/social/expenditure>, Stand 12. Juni 2007).
 - 14 Johannesson und Schmid stellten bereits 1980 im Vergleich zu Schweden fest: »Swedish people are less inclined to use reduction of working time as a possibility of solving the present and future unemployment problem than German people. Trade unions in Germany now put high priority on the 35-hour-week in their collective bargaining – the Social Democrats included this goal explicitly in their programme for the election campaign to the European Parliament – and even the Christian-Democrats are not against reducing working time.« Siehe Jan Johannesson / Günther Schmid: The Development of Labour Market Policy in Sweden and Germany: Competing or Convergent Models to Combat Unemployment? In: European Journal of Political Research, 8 (1980), S. 387-406, hier S. 406.
 - 15 Friedrich Engels: Die Lage der arbeitenden Klasse in England [1. Aufl. Leipzig 1845, 2. Aufl. Stuttgart 1892, englische Ausg. New York 1887 und London 1892], vgl. http://www.mlwerke.de/me/me02/me02_225.htm.
 - 16 Der prozentuale gewerkschaftliche Organisationsgrad betrug 2003 (in Klammern Angaben für 1990): in Finnland 74,1 (72,5), Schweden 78,0 (80,58), Norwegen 53 (58,5), Dänemark 70,4 (75,3), Niederlande 22,3 (24,4), Deutschland 22,6 (31,2), Frankreich 8,3 (10,1). Vgl. Jelle Visser: Union membership statistics in 24 countries. In: Monthly Labour Review, Jan. 2006, S. 38–49, hier S. 45 f.
 - 17 International Labour Organisation (ILO): Combating Unemployment and Exclusion: Issues and Policy Options. Contribution to the G7 Employment Conference submitted by the Director-General of the International Office, Lille, 1.-2. April 1996. Geneva 1996.
 - 18 André Gorz: Wege ins Paradies. Thesen zur Krise, Automation und Zukunft der Arbeit. Berlin 1983.
 - 19 Michael Opielka: Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven. Reinbek 2004, S. 69 f.
 - 20 Die Vorstellung des in Deutschland vorherrschenden Konzepts der Arbeitszeitverkürzung kommentierten bei Vorträgen des Autors an japanischen Universitäten die Zuhörer wiederholt mit der Bemerkung: »Dann werdet ihr doch immer ärmer und könnt noch weniger verteilen«.
 - 21 »Auch ein *freetaa* [jugendlicher Gelegenheitsarbeiter, RC] kann ohne allzu große Schwierigkeiten auf das Anfangsgehalt eines Universitätsabsolventen bei Unternehmen oder staatlichen Instanzen (200.000 Yen monatlich, z.Zt. etwa 1.600 Euro) kommen, und zwar normalerweise mit weniger Arbeitsstunden und weniger rigiden und intensiven Arbeitsbedingungen als dieser. [...] So gibt es in Japan nicht nur keine »working poor«, sondern, und das ist vor dem deutschen Hintergrund viel bedeutsamer, es gibt auch keine Diskussion über die Schaffung eines Niedriglohnssektors«, siehe Werner Kampeter: Soziale Demokratie in Japan. Vorbild für Deutschland? Hg. von der Deutschen Botschaft in Japan, Referat Arbeit und Sozialordnung. Tokio 2004, S. 24.